



Appell für eine Modernisierung der Schuldenregel

Das von Union, SPD und Grünen im März 2025 beschlossene Finanzpaket markiert einen wichtigen Wendepunkt in der deutschen Finanzpolitik. Erstmals seit Jahren besteht die Chance, den über Jahrzehnte angewachsenen Investitionsstau abzubauen und in die Modernisierung unseres Landes zu investieren.

Entscheidend ist deshalb, dass diese Investitionen verstetigt und abgesichert werden. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Modernisierung der Schuldenregeln zur langfristigen Ermöglichung zusätzlicher Investitionen bietet die Chance, die finanzpolitischen Leitplanken grundlegend zu erneuern. Die von der Bundesregierung eingesetzte ExpertInnenkommission trägt hierfür große Verantwortung. Sie muss einen Reformvorschlag vorlegen, der die politischen und finanziellen Handlungsspielräume dauerhaft sichert und den sozialen Zusammenhalt garantiert. Dies ist nur möglich, wenn von einer starren und ökonomisch nicht begründeten Schuldenquote im Grundgesetz abgesehen wird.

Wir appellieren daher an alle demokratischen Parteien: Unterstützen Sie die Kommission und setzen Sie sich für eine zukunftsorientierte Modernisierung der Schuldenregel ein.

Wir halten eine Reform der Schuldenbremse aus folgenden Gründen für notwendig:

- **Positive Effekte des Sondervermögens verstetigen und Zukunftsinvestitionen sichern:** Die Einrichtung des Sondervermögens war ein notwendiger Schritt, um kurzfristig zentrale Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Zugleich stellt das Sondervermögen nur eine zeitlich begrenzte Lösung dar, die den erheblichen zusätzlichen Investitionsbedarf langfristig nicht decken kann. Damit die positiven Effekte des Sondervermögens nicht konterkariert werden, brauchen wir jetzt eine grundlegende Modernisierung der Schuldenregel.

- **Handlungsfähigkeit des Staates sichern und Kürzungen begrenzen:** Im Bundeshaushalt klafft nach aktuellem Stand für die kommenden Jahre eine historisch große Lücke. Sie zu schließen, wird eine enorme politische Herausforderung.

Für uns ist klar: Durch den angekündigten Kürzungskurs kann dies nicht nachhaltig gelingen. Einsparungen in dieser Dimension würden die Handlungsfähigkeit des Staates in einer geopolitisch unsicheren Lage stark einschränken, den wirtschaftlichen Aufschwung abwürgen und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen untergraben.

Zukunftsinvestitionen in eine moderne Wirtschaft und Infrastruktur, Klimaschutz, soziale Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum und Bildung haben das Potenzial, die Wirtschaftsentwicklung langfristig zu stärken und so die finanzielle Tragfähigkeit unserer Haushalte zu gewährleisten. Daher fordern wir eine Modernisierung der Schuldenbremse und eine Stärkung der Einnahmebasis der öffentlichen Haushalte durch eine höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften. Beide Maßnahmen schaffen den nötigen Spielraum für langfristige Investitionen und ermöglichen einen nachhaltigen Wachstumspfad, durch den auch die Haushaltslücke reduziert werden kann.

- **Gesellschaftliche und finanzpolitische Schieflage überwinden:** Während für die Verteidigung faktisch unbegrenzte Mittel bereitgestellt werden, drohen den Bürgerinnen und Bürgern zugleich schmerzhafte Einschnitte bei öffentlichen Angeboten, im Sozialstaat und beim Klimaschutz. Um dieses Ungleichgewicht zu überwinden und im Sinne der Generationengerechtigkeit eine verantwortungsvolle Balance zwischen Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und notwendigen Zukunftsinvestitionen zu erreichen, ist eine Reform der Schuldenbremse erforderlich. Nur so lassen sich die finanziellen Grundlagen für eine stabile und vorausschauende Politik sichern.

Wir sind überzeugt: Deutschland braucht eine Modernisierung der Schuldenbremse, die langfristige Investitionen in eine moderne Infrastruktur, eine zukunftsfähige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, Klimaschutz, gleichwertige Lebensverhältnisse überall und soziale Sicherheit ermöglicht. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Politik die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre verantwortungsvoll gestalten kann.

Für inhaltliche Rückfragen:

Deutscher Gewerkschaftsbund

Henriette Neumann, Referentin für Allgemeine Wirtschaftspolitik, Marktregulierung und Verteilungspolitik

Tel: +49 (0)30 2 40 60 510

henriette.neumann@dgb.de

Klima-Allianz Deutschland

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit

Tel: 030/780 899 525

Mobil: 0155 65 693 413

daniel.eggstein@klima-allianz.de